



Etatrede FDP / MfM-Fraktion:

**Jetzt Gegensteuern -
Handlungsspielräume erhalten**

Rede zum Haushalt der Stadt Mannheim

Gehalten am 19. November 2024

Dr. Birgit Reinemund

Vorsitzende der FDP / MfM-Fraktion

Im Gemeinderat der Stadt Mannheim

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgermeister und Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Seit 15 Jahren bin ich nun Mitglied im Gemeinderat und dies ist mit Abstand der schwierigste Haushalt, über den wir zu beraten haben. Die Lage ist ernst:

Die Stadt ist an den Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten angekommen. Viele bereits begonnene Projekte sind nicht ausfinanziert. Personalkosten und vor allem Sozialkosten steigen stärker als je zuvor. Explodierende Baukosten sprengen den Kostenrahmen jedes Bauprojektes. Uns fehlen hohe Millionenbeträge, allein um die Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge und die bereits begonnenen Bauprojekte zu finanzieren. Die Reserven sind geschrumpft, die gesetzliche Mindestliquidität ist nicht mehr gedeckt.

Die Ursachen sind vielfältig: Corona und seine Folgekosten, steigende Bau- und Energiekosten, mehr Geflüchtete aufgrund des Krieges gegen die Ukraine, immer höhere Aufgabenübertragungen von Bund und Land ohne ausreichende Kostenübernahme wie z.B. beim Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, des erweiterten Anspruchs auf Wohngeld und so weiter. Die Verlustübernahmen für das Klinikum summieren sich auf rund 250 Millionen über die letzten Jahre und werden weiterhin nötig sein.

Rund 200 Millionen Euro an Risiken sind mit Null Euro im Haushaltsentwurf abgedeckt, darunter so konkrete wie die Mehrkosten des NTM. Auch die absehbaren Kosten der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sind nur zu 50% eingepreist. Prinzip „Augen zu und durch!“.

Das alles war seit Jahren absehbar. Auch die Eintrübung der Konjunktur hat sich länger angekündigt. Doch unser Ex-OB Kurz und die Mehrheit des Gemeinderats haben über Jahre die Augen davor verschlossen und weiterhin ungebremst mit vollen Händen Geld

ausgegeben. Immer weitere Großprojekte wurden auf den Weg gebracht, ohne diese mit ausreichend Geld zu hinterlegen. Immer weitere freiwillige Leistungen wurden oft ohne eine Evaluation ihrer Wirkung beschlossen, frei nach dem Motto „Es wird schon irgendwie gut gehen“. Immer in der Hoffnung, steigende Steuereinnahmen werden es schon irgendwie richten, was ja über einige Zeit auch funktioniert hat.

Kurz nannte es „Auf Sicht fahren“. Ich nenne es seit einigen Jahren „sehenden Auges in vollem Tempo an die Wand fahren“.

Unsere Fraktion hatte lange gewarnt, dass das auf Dauer nicht gut geht und solides Haushalten, Schuldenbegrenzung, Aufgabenkritik und konsequente Prioritätensetzung gefordert, um für die Zukunft noch Gestaltungsspielräume zu erhalten. Wir stießen vor allem bei Grün-Rot-Rot leider auf taube Ohren. Die Kostenspirale drehte sich immer rasanter weiter.

Jetzt ist allerhöchste Zeit, die Notbremse zu ziehen. Zumal die Wirtschaftskraft Deutschlands erschreckend sinkt. Die Steuereinnahmen der Stadt werden bereits in diesem Jahr erstmals mehr als 20 Millionen Euro unter Plan sein und die Herbst-Steuerschätzung zeigt klar, dass auch für 2025 noch keine Konjunkturerholung in Aussicht ist.

Ich kann Ihnen versichern: wir freuen uns nicht, dass wir Recht mit unseren Warnungen behielten. Im Gegenteil, es ist für uns umso schmerzlicher, hätten wir doch bei früherem Gegensteuern jetzt nicht ganz so drastische Sparmaßnahmen zu erwarten.

Klar war es schön, ein großartiges Sommerfest BuGa für 150 Millionen Euro plus 45 Millionen Euro für den Luisenpark zu feiern und einen Grünzug schnell herzurichten. Jetzt fehlen uns die Millionen an allen Ecken: zum Beispiel für eine Perspektive, wann Neubau und Sanierung unserer Berufsschulen oder die Sanierung maroder Straßen und Brücken angegangen werden können.

Natürlich gibt es Argumente, mittlerweile geschätzte 50 Millionen Euro für die Sanierung der Muthalle – noch immer ohne Nutzungskonzept - oder eine millionenschwere Interimsspielstätte für die Oper auszugeben. Doch wie begründet man gleichzeitig, dass z.B. die Geschwister-Scholl-Schulen wegen solcher Ausgaben nach wie vor keine Perspektive auf Sanierung oder Neubau haben, unser Jugendstiljuwel Herschelbad absehbar nicht saniert werden kann und wir weiterhin über Schlaglochpisten holpern?

Konsolidierungskurs zwingend nötig

So schwierig die Situation jetzt ist, so schmerzlich die ein oder andere Sparmaßnahme auch für uns ist z.B. bei der Stadtbibliothek, so erfüllt uns erstmals eine Haushaltsrede eines Oberbürgermeisters auch mit Zuversicht. Erstmals kündigt ein OB an, entschlossen gegenzusteuern und die Stadt auf einen Konsolidierungspfad zu führen, der Zukunftsinvestitionen ermöglicht und die Lebensqualität in Mannheim erhält. Weniger ganz große Visionen, mehr Blick für das für die Menschen wirklich Notwendige – das wissen wir zu schätzen.

Prioritäten setzen, Wirtschaftskraft stärken

Konsolidierung geht nur über klare Prioritätensetzung. Die FDP/MfM-Fraktion hatte sich immer klar für Investitionen in Bildung und in den Erhalt unserer Infrastruktur eingesetzt und gegen nicht finanzierbare Nice-to-have-Projekte. Und das bleiben weiterhin unsere Prioritäten: Bildung, Infrastruktur (Verkehrsinfrastruktur, Gebäudebestand), Digitalisierung und effektiver Klimaschutz.

Konsolidierung geht nur durch Stärkung der Wirtschaftskraft, indem wir zum einen zahlungskräftige Einwohner und Einwohnerinnen gewinnen, d.h. wir müssen auch für diese ausreichend Wohnraum schaffen, und zum anderen durch bessere Rahmenbedingungen für unsere lokalen Unternehmen. Nur so sichern wir ausreichend Steuereinnahmen für die Stadt.

Keine Steuererhöhungen, keine neuen Schulden

Unternehmen und Steuerzahler mehr zu belasten, wäre kontraproduktiv in dieser Situation. Gut, dass Oberbürgermeister Christian Specht Steuererhöhungen ausschließt. Und gut, dass er auch eine Neuverschuldung – noch – ablehnt. Da sind wir ganz auf einer Linie, denn wir haben bereits die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Baden-Württemberg. Davon abgesehen, dass das Regierungspräsidium einer weiteren Verschuldung nicht zustimmen würde, bedeuten Schulden auch wachsende Zinsbelastungen und ein Verschieben von Belastungen auf die nächste Generation. Generationengerechtigkeit sieht anders aus.

Städtische Tochtergesellschaften auf Konsolidierungskurs bringen

Im letzten Jahrzehnt wurden immer mehr Kredite in die städtischen Tochtergesellschaften verschoben. Auch das hat jetzt seine Grenzen erreicht. Nur zwei von über dreißig Gesellschaften schreiben noch schwarze Zahlen. Bei einigen muss regelmäßig ein Verlustausgleich stattfinden, z.B. ist jetzt auch die Stadtparkgesellschaft aufgrund der BuGa-Neubauten mit 20 Millionen überschuldet, die sie nie selbst wird abtragen können. Eigentlich Kosten, die dem BuGa-Budget hätten zugerechnet werden müssen und die die Bilanz dann doch getrübt hätten. Die Stadt muss die Verluste der Tochtergesellschaften immer wieder übernehmen. Auch das belastet den Haushalt zunehmend. Wir begrüßen, dass jetzt auch bei einigen städtischen Gesellschaften ein Konsolidierungskurs und Strategiewechsel stattfindet.

Zukunft des Klinikums

Das größte Risiko für den städtischen Haushalt bleiben die jährlichen Verluste des Klinikums in Höhe von rund 100 Millionen Euro, mindestens 40 Millionen Euro muss die Stadt decken, bis das Sanierungskonzept in einigen Jahren mit dem Neubau der Neuen Mitte endlich greifen wird. Ob das Land die restlichen 60 Millionen Euro pro Jahr wie bisher übernimmt, ist keineswegs sicher. Auch wie der notwendige Neubau, geschätzt auf 800 Mio. Euro, finanziert werden kann, steht noch in den Sternen. Von daher muss umgehend die Verbundlösung vorgebracht werden, um Sicherheit und Verlässlichkeit für die Zukunft herzustellen, für die Stadt und für die 5500 Mitarbeitenden des Klinikums.

Laufende Bauprojekte

werden weitergeführt. Grundsätzlich macht das Sinn. Dennoch muss konsequent geprüft werden, wo Kosteneinsparungen noch möglich sind. Manches geht auch eine Nummer kleiner oder eben nicht auf Edelniveau, z.B. beim Grünen Betriebshof auf Spinelli, den die Stadt zwar nicht selbst baut, aber über die Miete über Jahrzehnte abbezahlt, wie viele neue Gebäude der Stadt, die vor allem die GBG im Auftrag der Stadt errichtet hat, z.B. das Technische Rathaus für rund 100 Millionen Euro oder eben jetzt den Betriebshof für rund 70 Millionen Euro, Zahlungsverpflichtungen jeweils über 30 Jahre. 21 Millionen Euro/Jahr zahlt die Stadt mittlerweile an Mieten und Pachten, Tendenz steigend. Das nimmt die Luft zum Atmen.

Kostensteigerungen bei laufenden Großprojekten wie der Generalsanierung des Nationaltheaters (plus 80 Millionen Euro), dem Neubau der BBC-Brücke (plus 22 Millionen Euro) oder dem Kombi-Bad Herzogenried (plus 33 Millionen Euro) grenzen die Handlungsspielräume der Stadt für Jahre ein. Vieles ist allgemeine Baukostensteigerung, einiges geht jedoch auch auf Sonderwünsche des Gemeinderats und der Stadtspitze zurück z.B. beim Kombibad, beim Technischen Rathaus, beim Grünen Betriebshof. Solches Wunsch-Dir-Was können wir uns schlicht nicht mehr leisten.

Gut, dass die Verwaltung mit diesem Haushalt erstmals prüfte, welche Projekte reduziert, zeitlich verschoben oder ganz abgesagt werden können. Bei der Multihalle wird auf das scheinbar Nötigste reduziert – immer noch insgesamt 31 Millionen Euro -, für das GreenTec-Existenzgründerzentrum eine kostengünstigere Lösung gesucht, der Neubau des Zentrallagers des NTM gestrichen.

Zuschüsse an Dritte

Auch hat die Verwaltung alle Zuschusserhöhungen, die in den letzten Haushaltsberatungen nur für ein oder zwei Jahr beschlossen waren, nicht weitergeführt. Das ist formal korrekt,

wird faktisch jedoch als Kürzung wahrgenommen und bringt Zuschussempfänger teilweise in Nöte, da es sich oft nicht um zusätzliche Angebote, sondern um einen Ausgleich für gestiegene Personal- und Energiekosten handelt. Das betrifft alle Bereiche: Soziales, Bildung, Kultur. Die Auswirkungen im Einzelfall zu beurteilen, ist für uns ehrenamtliche Stadträte kaum möglich. Da müssen Fachverwaltung und Gemeinderat nochmal in den Austausch gehen.

Investitionen in die Zukunft

Trotz der kritischen Haushaltslage investiert die Stadt weiterhin in hohem Maße: 185 Millionen Euro 2025 und 177 Millionen Euro 2026, und das ist gut so.

Keine Abstriche bei der Bildung

Ein großer Teil von rund 220 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren fließt vor allem in Schulbau und -sanierung, weitere in die Kinderbetreuung. Das hat für uns oberste Priorität. An Bildung darf nicht gespart werden. Nicht an den Gebäuden – noch immer sind nicht alle unserer rund 70 Schulen grundsaniert - und nicht an Unterstützungsangeboten. Hier werden wir die ein oder andere nicht verlängerte Erhöhung kritisch prüfen.

Leider findet sich in diesem Haushalt keinerlei Perspektive für die Geschwister-Scholl-Schulen und für Sanierung und Neubau der Berufsschulen. Wie lange soll das noch so weitergehen? Auf was sind wir bereit zu verzichten, um diese wichtigen Bildungsprojekte endlich auf den Weg zu bringen? Diese Diskussion müssen wir ehrlich führen.

Schmerzhaft, aber nachvollziehbar ist für uns, dass der Neubau der Stadtbibliothek nicht realisiert werden kann. Dennoch muss dringend eine Lösung her, die Stadtbibliothek zu modernisieren und auf die heutigen, digitalen Anforderungen auszurichten. Ob das im Stadthaus möglich ist, bleibt zu prüfen. Bibliotheken sind ein wichtiger Baustein der außerschulischen Bildung und der Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen.

Infrastruktur modernisieren, Barrierefreiheit herstellen

Investitionen in die Sanierung von Straßen, Brücken und städtischen Gebäuden sind einfach notwendig. Gerade marode Brücken sind ein enormes Risiko für die Stadt. Die bauliche und energetische Sanierung städtischer Gebäude muss kontinuierlich angegangen werden. Von daher ist die Entscheidung richtig, statt Neubau den Fokus mehr auf eine sinnvolle Nutzung von Bestandsgebäuden zu legen, z.B. beim Stadthaus oder dem Herschelbad.

Traurig ist, dass keinerlei Mittel für das vor fünf Jahren beschlossene Seniorenkonzept im Haushalt zu finden sind. In fünf Jahren wurde gerade mal einer von 19 Seniorentreffs zu einem barrierefreien Mehrgenerationentreff weiterentwickelt.

Und auch das Jugendzentrum Forum muss weiter in einem maroden Gebäude ausharren, da das Geld für die Generalsanierung ebenso fehlt wie für einen Neubau.

Auch für das Toilettenkonzept inklusive barrierefreier Toiletten ist kein Geld eingeplant. Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht, ob bei Toiletten, bei Seniorentreffs oder bei der öffentlichen Infrastruktur. Hier lassen wir keine Abstriche zu.

Ehrenamt und Stadtteile unterstützen

Die Bürgerhäuser und Kulturhallen in den Stadtteilen bieten Raum für Vereine, das Ehrenamt und sind Nukleus des gesellschaftlichen Lebens. Auch hier gilt es den Bestand werterhaltend zu sanieren. Wir sind erleichtert, dass der Bau des Kultur- und Sportzentrums Wallstadt fortgeführt wird, damit die Vereinsstruktur dieses lebendigen Stadtteils erhalten werden kann und gleichzeitig endlich eine Lösung für die Freiwillige Feuerwehr gefunden ist.

Digitalisierung beschleunigen

Auch in die digitale Infrastruktur muss dringend mehr investiert werden. Zum einen, um die IT- und Cybersicherheit der Verwaltung zu gewährleisten. Zum anderen, um bei wachsendem Personalmangel unsere Fachkräfte effizient einzusetzen und von Routineaufgaben wie Dateneingabe weitmöglichst zu entlasten. Es kann nicht sein, dass heute noch Arbeitszeit mit

einscannen und analogem Ablegen von Dokumenten verbracht wird und im Außendienst tätige Mitarbeitende kein digitales Endgerät haben.

Laut Gesetz ist die Stadt verpflichtet, alle Dienstleistungen für die Bürger auch vollständig digital anzubieten. Davon sind wir noch weit entfernt. Noch immer müssen Formulare runtergeladen, ausgefüllt, eingescannt, per E-Mail verschickt und in der Verwaltung wieder manuell erfasst werden. Ein enormer Zeitaufwand für Bürger und Verwaltungsmitarbeitende. Die FDP/MfM-Fraktion stellt erneut den Antrag, für die weitere Digitalisierung ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Zumindest in Diskussionen scheint die Einsicht in die pure Notwendigkeit der Digitalisierung bei den Fraktionen gestiegen zu sein.

Effizienter Klimaschutz

Klimaschutz und Klimaschutzmaßnahmen sind für unsere Stadt von entscheidender Bedeutung. Auch in schwieriger Haushaltslage werden die Mittel dafür weitergeführt. Die Erwartung, dass mit dem Klimaschutzaktionsplan der Zugang zu Fördergeldern erleichtert wird, hat sich jedoch leider nicht bewahrheitet. Die begrenzten kommunalen Mittel müssen da eingesetzt werden, wo die größte CO₂-Einsparung pro Euro zu erwarten ist.

Den größten Hebel sehen wir im Umbau der Strom- und Wärmeerzeugung, beim Ausbau des ÖPNV und bei der energetischen Sanierung städtischer Gebäude.

Gut, dass wir mit Photovoltaik-Projekten der SMART-City GmbH schnelle CO₂-Reduzierungen erzielen können, die zudem noch wirtschaftlich tragfähig sind. Wir fordern, dass alle dafür geeigneten Dachflächen der Stadt primär für Photovoltaik genutzt werden.

Das 1000-Bäume-Programm, die städtischen Grünflächen, weitere Entsiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung sind wichtige Bausteine für Hitzeschutz und ein besseres Mikroklima.

Das Klein-Klein der städtischen Förderprogramme lehnen wir ab. So kann aus unserer Sicht der Mini-Zuschuss für Stoffwindeln oder die Kaufprämie für Lastenfahrräder gestrichen und das Geld sinnvoller z.B. für Bildung in diesem Bereich verwendet werden. Förderung von Begrünung, Heizungszuschüsse und Kühlschranksprämien ist bei der KfW und anderen Fördergebern bereits abgedeckt.

Doppelförderungen und Mitnahmeeffekte zu Lasten der Stadt lehnen wir ab.

Personal gewinnen, fördern, binden

Ausbildung, Fortbildung, Personalgewinnung und Fürsorge für unsere fast 9000 Mitarbeiter der Stadt ist uns ein zentrales Anliegen.

In vielen Bereichen wie Kinderbetreuung, Sozialbereich, IT oder Feuerwehr werden wir weiterhin deutlich mehr Personal brauchen.

Doch der Gemeinderat erfindet immer wieder neue Aufgaben. Das kann so nicht weitergehen – aus Kostengründen, vor allem aber, weil zusätzliches Personal kaum noch zu finden ist. Viele Stellen in der Verwaltung können schon heute nicht mehr besetzt werden, viele Mitarbeitende sind an ihrer Belastungsgrenze.

Lassen Sie uns darüber reden, wie wir Aufgaben reduzieren, Strukturen verschlanken und durch weitere Digitalisierung Mitarbeitende entlasten!

Die FDP / MfM-Fraktion sieht anerkennend, dass die Stadt weiterhin auch selbst in großem Maße ausbildet und qualifiziert, Aufstieg und Quereinstieg ermöglicht und mit guten Arbeitsbedingungen und Wertschätzung Personal bindet.

Sicherheit ist nicht verhandelbar

Der neue Brandschutzbedarfsplan zeigt deutlich, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu gewährleisten.

Zusätzliche Personalstellen bei der Feuerwehr sind bereits eingeplant. Weitere Mittel für den Bau der notwendigen Wachen sind jedoch nicht zu finden. Auch braucht die Feuerwehr im Rahmen der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplan dringend ein digitales Update, das auch die Freiwilligen Feuerwehren mit einbindet. Die finanziellen Spielräume für unser aller Sicherheit sollten wir mit Priorität schaffen.

Sport braucht Infrastruktur

Die Sportförderung läuft auf gleichem Niveau weiter. Für die Umsetzung des Sportkonzepts Seckenheim und Sandhofen müssen kreative Lösungen gefunden werden. Wir bleiben dran!

Kultur fördern

Die Generalsanierung des NTM verschlingt einen Großteil der Mittel im Kulturbereich. Trotz großer Anstrengungen sind enorme Mehrkosten noch nicht ausfinanziert und werden uns noch Kopfschmerzen bereiten. Einsparpotentiale sind ausgeschöpft, nachdem der Neubau des Zentrallager jetzt gestrichen wurde.

Gleichzeitig bedürfen die anderen kulturellen Einrichtungen der Stadt und der freien Szene ebenfalls Unterstützung, müssen Gebäude instandgehalten werden, steigen Energie- und Personalkosten. Erfreulicherweise wurde im Bereich der freien Szene – bisher - nicht gestrichen, während die städtischen Kultureinrichtungen bereits mit weniger Betriebskostenzuschuss und Schließtagen klarkommen müssen.

Einsparvorschläge sind notwendig

Wir werden einige wenige uns wichtige Zuschussanträge stellen v.a. im Bereich Bildung, Soziales und Digitalisierung, die alle über unsere Einsparvorschläge gegenfinanziert sind. Streichen wollen wir bei der Multihalle, was immer noch geht, und den Bodenfonds, durch den noch nicht eine zusätzliche Wohnung entstanden ist. In Zeiten einer Notbremse kann die Stadt nicht für Grundstückskäufe ansparen, solange wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge nicht abgedeckt sind. Auch Mini-Förderprogramme für Stoffwindeln oder Lastenfahrräder verschlingen mehr Verwaltungsaufwand als sie bringen und müssen ebenso wie all die Doppeltförderungen beendet werden.

Fazit

Im Haushalt der Stadt fehlen hohe Millionenbeträge. Risiken wie die Verluste des Klinikums und Mehrkosten bei der Sanierung des NTM sind nicht abgedeckt. Mannheim hat sich mit zu vielen Projekten einfach übernommen. Weitere schmerzhaft Einschnitte werden wohl auf uns zukommen, wenn die Konjunktur nicht bald deutlich anzieht oder die Defizite des Klinikums dauerhaft ausgeglichen werden müssen.

Unser OB findet sehr deutliche Worte und steuert gegen. Was die FDP seit Jahren fordert - nicht, weil wir so gerne sparen, sondern weil diese katastrophale Haushaltslage absehbar war -, bringt er jetzt auf den Weg: klare Prioritätensetzung und Entscheidungen, welche der zu vielen geplanten Projekte reduziert, zeitlich verschoben oder ganz abgesagt werden können. Auch bei den Zuschüssen versucht er eine Ausweitung einzugrenzen. Das ist schwierig. Das ist schmerzhaft. Das macht niemand gerne.

OB Christian Specht und Kämmerer Dr. Volker Proffen bringen den Mut auf, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten, Zukunftsinvestitionen und die Daseinsvorsorge sicherzustellen. Endlich. Das haben unser Ex-OB und Grün-Rot-Rot über Jahre verschleppt.

Die FDP/MfM-Fraktion geht diesen Weg mit.

Dank

Ich danke den Mitarbeitern der Verwaltung, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben. Meinen Kolleg*innen Volker Beisel und Kathrin Kölbl sowie unserem Geschäftsführer Florian Ratzel danke ich für die gute Zusammenarbeit bei der Bearbeitung des Haushaltsentwurfs, allen Institutionen und Bürgern für Ihre Anregungen und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!